

F 57.2 P1
Juli 1981 Seite 22



Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

gegründet 1861

Mittwoch, 1. Juli 1981

Blatt 1656

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereites über FS

ausgesendet: Wien, wie es keiner kennt
(grau)

Kommunal:

(rosa)

Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
Wr. Luftreinhaltenevelle in externer Begutachtung
395 Millionen für 900 neue Wohnungen

Wirtschaft:

(blau)

Müllverwertungsanlage: Probetrieb hat begonnen

Sport:

(grün)

"Fußballmanagement" - als Dissertation

Nur

Über FS: 1.7. Ehrung für Verdienste im Gesundheitswesen

.....
Bereits am 30. Juni 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wien, wie es keiner kennt - Eine neue Hörfunkserie des ORF

=++++

12 #Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Was passiert hinter den Kulissen einer Großstadt wie Wien? Wie funktioniert das Kanalsystem? Mit welchen Schwierigkeiten haben Polizei und Feuerwehr bei ihren Einsätzen zu kämpfen? Wie kompliziert ist es, täglich eine Zeitung auf den Markt zu bringen? All diese Fragen sollen durch eine neue Serie des ORF mit dem Titel "Wien, wie es keiner kennt", die Dienstag von Bürgermeister Leopold GRATZ und Landesintendanten Gundemar EIBEGGER präsentiert wurde, beantwortet werden.#

Großreportagen im Rundfunk wurden vom Fernsehen verdrängt. Allerdings mußte man feststellen, daß durch das Fernsehen die Phantasie getötet wird, stellte Intendant Eibegger fest, während der Hörfunk die Phantasie erweckt. Es sollen daher in Hörbildern bei der neuen Serie der Mensch und seine Arbeit im Mittelpunkt stehen.

Bürgermeister Gratz begrüßte es, daß mit der neuen Serie versucht werden soll, die ungeheure Vielfalt dessen, was in einer Großstadt passiert, einzufangen und den Menschen nahezubringen. Der Einzelne weiß oft nicht, was am anderen Ende der Stadt stattfindet, führte Gratz weiter aus. Es gibt in einer Großstadt wie Wien immer wieder neue Dinge zu entdecken.

Die neue Serie startet am Samstag, dem 4. Juli 1981 mit einer Reportage über den Flughafen Wien. Weitere Themen der Reihe, die jeweils am Samstag um 15 Uhr auf der Welle von Radio Wien auf 90 und 95 MHz, UKW gesendet wird, sind der Heumarkt, die Spanische Reitschule, und die MA 30 - Kanalisation. (Schluß) end/bs

NNNN

Luftreinhaltenovelle für Wien in externer Begutachtung (1)

=++++

1 #Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Der vom Gemeinderat eingesetzte Unterausschuß für Fragen der Luftreinhaltung hat seine Arbeit abgeschlossen und einen Rohentwurf fertiggestellt, mit dem das Wiener Feuerpolizeigesetz geändert werden soll. Der Entwurf wird nun zur externen Begutachtung versendet.#

Die geänderten Heizgewohnheiten vor allem hinsichtlich des verwendeten Brennstoffes erforderten ebenso wie das verstärkte Umweltbewußtsein eine Überarbeitung des Wiener Feuerpolizeigesetzes. Diesen Veränderungen soll die vorliegende Novellierung Rechnung tragen. Mit feuerpolizeilichen Mitteln soll eine Verbesserung der Luftqualität erreicht werden. Weiter wurden in Ausführung der Vereinbarung zwischen Bund und den Ländern über die Einsparung von Energie Bestimmungen eingearbeitet.

Kernstück des Gesetzentwurfes ist es, durch die Minderung von Luftverunreinigungen aus Feuerstätten vor allem den Umweltschutz, d.h. der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes zu dienen. Generell sind folgende Steuerungsmöglichkeiten vorgesehen:

- 1) Die Kontrolle über Emissionsgrenzwerte,
- 2) die Kontrolle der Brennstoffe unter Ausschluß ungeeigneter Qualitäten,
- 3) der Ausschluß der für schadstofffreie Verbrennung nicht geeigneter Stoffe, insbesondere von spezifischen Abfällen.

Zur Verbesserung der bestehenden Luftqualität sollen außerdem vier Immissionsgrenzwerte für luftfremde Stoffe festgelegt werden.
(Forts.) en/bs

NNNN

Luftreinhaltenovelle für Wien in externer Begutachtung (2)

=++++

2 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Im Sinne der Vereinbarung zur Einsparung von Energie mit dem Bund werden durch Verordnung die Abgasverluste von Feuerstätten normiert. Eine mit optimalem Wirkungsgrad betriebene Feuerstätte bewirkt sowohl einen geringeren Verbrauch an Energie als auch einen geringeren Ausstoß an umweltbelastenden Stoffen. Eine weitere Neuerung der Novelle ist die Möglichkeit, vor Errichtung einer Feuerstätte, von der eine wesentliche Verschlechterung der bestehenden Luftqualität oder eine Überschreitung von Grenzwerten zu erwarten ist, das Projekt einer Prüfung der Auswirkung auf die Umwelt zu unterziehen.

Weiters wird der Gemeinde die gesetzliche Verpflichtung auferlegt, die schon bisher durchgeführten Messungen weiterzuführen und die Ergebnisse dem Gemeinderat periodisch vorzulegen. Sollten die fortlaufenden Messungen ergeben, daß der Anteil luftfremder Stoffe Werte erreicht, die eine Gefährdung der Gesundheit von Menschen möglich erscheinen lassen, ist auf diese Beeinträchtigung der Luftqualität durch Aufrufe aufmerksam zu machen. Dieser Alarm soll aber auch gegeben werden können, wenn andere Schadstoffkonzentrationen, z.B. bei Unfällen von Transportern, oder in Betrieben mit gefährlichen Stoffen, ein gefahrbringendes Ausmaß erreichen. (Schluß) en/bs

NNNN

395 Millionen für 900 neue Wohnungen

Utl.: Hatzl: Wohnbau für 1981 um 400 Wohnungen erweitert

=++++

3 #Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Für den Bau von neuen Wohnungen wurden von der Wiener Landesregierung auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag 395 Millionen genehmigt. Mit diesen Mitteln können 906 Wohnungen und zehn Lokale errichtet werden. Insgesamt wurden im heurigen Jahr an die 3.000 Wohnungen gefördert.

Wie Wohnbaustadtrat Hatzl der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, kann das Bauvolumen für 1981 um rund 400 Wohnungen erweitert werden. #

Statt der ursprünglich vorgesehenen 7.000 neuen Wohnungen werden 7.400 Wohnungen errichtet. 400 Wohnungen mehr verbessern für zusätzlich rund 1.200 Wiener den Lebensraum und bringen eine gezielte Belebung der Bauwirtschaft mit sich, sagte Hatzl.

Das letzte Förderungspaket der Wiener Landesregierung enthält 723 Gemeindewohnungen, darunter ein größeres Projekt mit 630 Wohnungen Am Heidjöchl im 22. Bezirk, 173 Wohnungen von Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen und zehn Einfamilienhäuser. Von den 173 Genossenschaftswohnungen werden 149 als Eigentumswohnungen errichtet. (Schluß) ba/gg

NNNN

"Fußballmanagement" - als Dissertation (1)

=++++

5 Wien, 1.7. (RK-SPORT) Unter der Patronanz von Wiens Sportstadtrat Peter SCHIEDER stellten Dr. Josef SCHULZ und Dr. Franz SCHAGERL Dienstag im VIP-Clubraum des Wiener Stadions ihre Dissertation "Fußballmanagement" vor, die für die weitere Entwicklung der österreichischen Fußballspitzenklubs sicherlich von großer Bedeutung ist. Zur Erlangung des Dokortitels der Wirtschafts- und Sportwissenschaften haben Schulz und Schagerl eine Abhandlung über das internationale Fußballmanagement verfaßt, deren Recherchen zweieinhalb Jahre dauerten und wo, nicht zuletzt durch Unterstützung von Peter Schieder, Gespräche mit Spitzenklubs in aller Welt, mit der FIFA, dem Weltverband, und der UEFA, dem Europäischen Verband, usw. geführt wurden. Ziel der Arbeit war es, zu überprüfen, ob es sich bei Fußballvereinen der 1. Leistungsstufe um Wirtschaftsbetriebe handelt. Das steht vor allem bei den europäischen Großklubs wie Barcelona, Inter-Mailand, usw. mit Umsätzen von 185 bzw. 105 Millionen S jährlich außer Zweifel.

Aber auch die österreichischen Bundesligavereine sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Dimensionen als Wirtschaftseinheiten zu bezeichnen, zumal betriebswirtschaftliche Grundsätze (Managementfunktionen) nicht nur theoretisch sondern von einem fortschrittlichen Management durchaus in die Praxis umzusetzen sind.

Grundvoraussetzung für eine rationelle Klubführung ist, daß die Funktionäre die Stellung des Fußballsportes in der modernen Gesellschaft neu überdenken. (Forts.) hof/gg

NNNN

"Fußballmanagement" - als Dissertation (2)

=++++

6 Wien, 1.7. (RK-SPORT) Klubintern liegt der größte Spielraum für Verbesserungen auf dem Gebiet des Personalmanagements und eines damit verbundenen leistungsfördernden Betriebsklimas.

Folgende Maßnahmen sind hier von vorrangiger Bedeutung:

- o Personalentwicklungsmaßnahmen (sportlich, außersportlich mit Vorsorgecharakter)
- o Gewinn- und Umsatzbeteiligung
- o Schriftliche Fixierung der einzelnen Aufgaben durch detaillierte Stellenbeschreibungen.

Um das permanente Mißverhältnis zwischen Zuschauereinnahmen und den Kosten des Sportbetriebes auszugleichen, müssen sich die Vereine um neue beziehungsweise um die optimale Ausschöpfung ihrer vorhandenen Geldquellen bemühen:

- o Gründung einer Finanzierungs-AG
- o Umfassende Vermarktung des Werbepotentials
- o Schaffung eines Logos und dessen totale Vermarktung
- o Ausgabe von kombinierten Eintritts- und Dauerkarten
- o Einsatz der Spieler als Werbeträger.

Die zahlreichen Möglichkeiten der Klubs müßten ausreichen, um die Vereine langfristig auf eine gesunde, finanzielle Basis zu stellen, was jedoch nur durch ein professionelles, hauptamtliches Management möglich ist.

Josef Schulz und Franz Schagerl haben ihr Studium mit Auszeichnung abgeschlossen, ihre Doktorarbeit "Fußballmanagement" wurde mit sehr gut bewertet. Die offizielle Promotion fand Dienstag im Festsaal der Wirtschaftsuniversität statt. (Forts.) hof/gg

NNNN

"Fußballmanagement" - als Dissertation (3)

Utl.: 2. Teil der Förderungsaktion "Komm zum Sport"
mit Eishockey, Handball, Gewichtheben und Judo

=++++

7 Wien, 1.7. (RK-SPORT) Mit Freispielen im Handball, Gewichtheben und Judo wird die Förderungsaktion der Stadt Wien im Herbst fortgesetzt. Neben den genannten Sportarten erhalten auch die Eishockeybundesligaklubs WEV und WAT Stadlau Sondersubvention. Insgesamt hat die Stadt Wien in diesem Jahr Förderungsmittel in der Höhe von 6,8 Millionen S zur Verfügung gestellt, wovon die Fußballklubs Austria, Rapid, Sportklub, Vienna und Simmering und die Wiener Oberligavereine insgesamt 4,980.000 S an Sondersubventionen erhielten. Zu den Spielen der Frühjahrsmeisterschaft kamen auf die Hohe Warte, ins Hanappistadion, auf den Sportklub-, Simmeringer und Fav-AC-Platz mehr als 48.000 Zuschauer.

Im Rahmen des Pressegespräches gab Sportstadtrat Peter Schieder jene Veranstaltungen bekannt, die im Herbst bei kostenlosem Eintritt zu besuchen sind:

Im Judo steht der zum Europacup zählende Kampf zwischen dem JC Manner und dem holländischen Vertreter Budokai Rijmond am 26. September 1981 in der Paho-Halle in Favoriten auf dem Programm. Im Gewichtheben ist am 3. Oktober 1981 in der Rundhalle Steigenteschgasse eine Doppelveranstaltung geplant: Tyrolia (Staatsliga A) trifft auf WKG Niederösterreich, Gaswerk (Staatsliga B) auf Club A. Landstraße. Ebenfalls zu einer Doppelveranstaltung kommt es am 7. November 1981 in der Wiener Stadthalle, Halle B, wo im Rahmen der B-Liga-Meisterschaft im Handball Union-Westwien gegen Horn und WAT Margareten gegen WAT Fünfhaus spielt.

Die Eishockeyklubs WEV und WAT Stadtlau sind ebenfalls in diese Förderungsaktion miteinbezogen dafür sollen Kontakte mit der Schuljugend geknüpft werden, um den Nachwuchs für diesen schnellen Sport entsprechend zu begeistern. Insgesamt werden den Vereinen im Handball, Judo, Eishockey und Gewichtheben Subventionsmittel in der Höhe von 1,820.000 S zur Verfügung gestellt. (Schluß) hof/bs

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ), was Herr Bürgermeister zu tun gedenke, da der Bezirksvorsteher des 7. Bezirks einem ordnungsgemäß eingebrachten Verlangen auf Einberufung einer Sitzung der Bezirksvertretung nicht nachgekommen sei, antwortete Bürgermeister GRATZ (SPÖ), er werde den Bezirksvorsteher des 7. Bezirkes schriftlich auf die Einhaltung der bezüglichen Formvorschriften aufmerksam machen. Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HAUBENBURGER (ÖVP), ob der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten bereit sei, die laufenden Enteignungsverfahren im Bereich des Flötzersteiges bis zum Vorliegen einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Flötzersteig-Hochstraße zurückzustellen, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), das Enteignungsverfahren sei auf Antrag der MA 28 von der MA 64 durchzuführen. Er sei nicht in der Lage, in das Verfahren einzugreifen; die Anfrage müsse an die MA 28 gerichtet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE betreffend die Erklärungen von Stadtrat Hofmann im Stadtsenat zur Flötzersteig-Hochstraße antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), er kenne diese Aussagen nicht und könne daher keine Stellungnahme dazu abgeben. (Forts.) roh/gg

NNNN

1. Juli 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1665

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ), wie hoch die Zahl der Behinderten sei, die in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen werden sollen, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), daß die Stadt Wien bereits 1.083 Behinderte beschäftige. Der Überwiegende Teil davon wären Kriegsoffer, es seien in dieser Zahl aber auch 183 Zivilbehinderte enthalten. 50 weitere Behinderte würden außerhalb des Dienstpostenplanes aufgenommen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich diese Maßnahmen auf das Jahr der Behinderten beschränkten oder fortgesetzt würden, antwortete Stadtrat Nekula (SPÖ), mit den Erfahrungen des heurigen Jahres würde der Einsatz von Behinderten als ständige Einrichtung fortbestehen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, in welchen Bereichen die Behinderten konkret eingesetzt würden, antwortete Stadtrat Nekula: Überwiegend in Form von Schreibtischarbeit im Verwaltungsdienst. Man habe mit einzelnen Behinderten in dieser Verwendung bereits gute Erfahrung gemacht. (Forts.) ro/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), welche Pensionszusagen für Dr. Peter Ruggenthaler bestünden, wenn er als AKPE-Direktor ausscheide, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), auf Grund der bestehenden Dienstvorschriften sowie seines Vertrages habe Dr. Ruggenthaler keinen Anspruch auf Ruhegenuß.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob eine Vorgangsweise wie in diesem Fall, wo ein Bediensteter, der bereits nach einem halben Jahr wieder ausscheide, solche Konditionen erhalte, vertretbar sei, antwortete Stadtrat Mayr, daß die detaillierte Anfrage seiner Meinung nach gegen das Datenschutzgesetz verstoße. Da Dr. Ruggenthaler bei seiner vorhergehenden Firma dieselben Konditionen erhalten habe, habe man ihn bei seinem Eintritt in den Gemeindedienst nicht schlechter stellen können. Die gleiche Situation wäre bei seiner Übernahme in die AKPE entstanden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Leiter der begleitenden Kontrolle, Kandutsch, den Vertrag gebilligt habe, antwortete Stadtrat Mayr: Kandutsch sei in der Aufsichtsratssitzung, in der die Anstellung behandelt worden sei, anwesend gewesen und habe die Anstellung ausdrücklich begrüßt. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Gr. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach den konkreten Vorstellungen zum Ausbau des Flötzersteiges antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß es dafür gesetzliche Festlegungen gibt. Die Flötzersteigstraße entspricht dem Bundesstraßengesetz und dem Beschluß des Wiener Gemeinderates und wird daher nicht geändert.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Autobahnverbindung zwischen der West- und der Südbahn eine veränderte Situation des Verkehrsaufkommens mit sich bringen wird, sagte Hofmann, daß die Verbindung zur Südbahn nur einen Teil der Verkehrsströme vom Westen aufnehmen wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Enteignungsverfahren bis zum Vorliegen der Umweltverträglichkeitsprüfung zurückgestellt werden, antwortete Hofmann, daß das vorhandene Bundesstraßengesetz einzuhalten sei. Das Straßenprojekt Flötzersteig soll jedoch nicht in einem Zug gebaut werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ), welche Auswirkungen die Umstellung der Ausbaufolge der U 3 mit sich bringt, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß die Fertigstellung des Innenstadtabschnittes der U-Bahn viele Vorteile mit sich bringt. Der Innenstadtabschnitt hat ein höheres Erschließungspotential, besonders für die Arbeitsbevölkerung. Er bringt die volle Erschließung der City und die Verknüpfung mit dem übergeordneten Verkehrsnetz. Ein schwieriger Bauabschnitt kann früher fertiggestellt werden, außerdem kann das U-Bahnnetz dann in beiden Richtungen weitergebaut werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. KNEISLER (SPÖ) nach den rechtlichen Möglichkeiten für die Einrichtung von Wohnstraßen antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß der Begriff Wohnstraße eine Sonderform der Verkehrsberuhigung sei. Einen rechtlichen Begriff in der Straßenverkehrsordnung gibt es dafür noch nicht. Die Kriterien für eine Wohnstraße sind die Herabsetzung der Geschwindigkeit, die Verbesserung der Wohnumwelt und die Mitbestimmung der Bevölkerung. Zum Unterschied zu Fußgängerzonen dürfen Fahrzeuge in einer Wohnstraße auf den dafür vorgesehenen Flächen abgestellt werden. Ein Entwurf der Novelle zur Straßenverkehrsordnung mit einem speziellen Verkehrszeichen für Wohnstraßen liegt vor.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, nach welchen Kriterien Wohnstraßen ausgewählt werden, sagte Hofmann, daß Wohnstraßen dort zweckmäßig errichtet werden, wo die Wohnfunktion überwiegt. Sie werden in engem Kontakt mit der Bevölkerung und der Bezirksvertretung eingerichtet. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach weiteren Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung teilte Hofmann mit, daß ein Bündel von Maßnahmen vorgesehen sei. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), was die Stadtverwaltung gegen die Belästigungen durch das selbstverwaltete Kultur- und Kommunikationszentrum in der Gassergasse unternahme, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß eine Million Schilling für Maßnahmen gegen Lärmbelästigungen und gegen Verschmutzung zur Verfügung gestellt wurden. GR. Ing. Riedler wies darauf hin, daß in der Bevölkerung wegen unterschiedlicher Anträge der ÖVP - so auch eines Antrages auf Räumung des Kulturzentrums - Verwirrung herrsche. Besteht die Absicht, die Bevölkerung zu informieren? Fröhlich-Sandner bejahte diese Zusatzfrage und teilte mit, daß bereits heute eine Briefaktion gestartet wurde. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Gassergasse das einzige Zentrum sei, bei dem es zu Beschwerden der Anrainer wegen Lärmbelästigung kommt, antwortete Fröhlich-Sandner, daß solche Beschwerden auch bei anderen Jugendzentren und Veranstaltungen vorkommen, so zum Beispiel auch beim Metropol.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. PROCHASKA (ÖVP), welche Vergütungen für Personal- und Materialaufwand sowie für Beschädigungen von den Teilnehmern des Internationalen Sozialistischen Jugendtreffens geleistet wurden, antwortete FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß für Personal- und Stromkosten von den Veranstaltern etwas mehr als eine Million Schilling als Vergütung verlangt wurde. Mietkosten wurden, wie bei ähnlichen Veranstaltungen, nicht vorgeschrieben. Die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob ihr Polizeieinsätze in Schulen, wo die Teilnehmer untergebracht waren, bekannt seien, verneinte Fröhlich-Sandner. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob für Beschädigungen in den Schulen die Verursacher zur Kasse gebeten werden, antwortete Fröhlich-Sandner, daß nur geringe Sachschäden verzeichnet werden mußten, für die eine Entschädigung von 12.000 S verlangt wurde. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. KUCHAR (FPÖ), welche Mengen von Klärschlamm seitens der EBS in den letzten Monaten auf Deponien abgelagert wurden, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß in den letzten Monaten 3.000 Kubikmeter entwässerter Schlamm auf einer Deponie in Schwechat zwischengelagert wurden. Dieser Schlamm wird in Zukunft zur EBS zurückgebracht und dort verbrannt werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, an wieviel Tagen Fuhren mit Schlamm nach Schwechat gebracht wurden, wiederholte Veleta, daß es sich insgesamt um 3.000 Kubikmeter gehandelt habe. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der wasserrechtlichen Genehmigung und den Kosten der Zwischendeponierung antwortete Veleta, daß alle Umweltschutzauflagen erfüllt werden und daß es sich bei der Zwischenlagerung um eine während des Probetriebes notwendige Maßnahme handelte. Die genauen Kosten sind derzeit noch nicht bekannt. Die Zwischendeponierung war notwendig, weil während des Probetriebes die volle Leistung der Verbrennung nicht gegeben war. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP), welche baulichen beziehungsweise technischen Änderungen nunmehr an der Hauptkläranlage und der EBS vorgenommen werden, um in Zukunft ein klagloses Funktionieren der Anlage sicherzustellen und Geruchsbelästigungen zu vermeiden, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß durch die Pachtung der EBS durch die MA 30 eine einheitliche Führung geschaffen wird. Die Frage nach den baulichen und technischen Änderungen kann vor Abschluß der Untersuchungen durch die schwedische Consulting-Gruppe nicht beantwortet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was gegen den Keimflug unternommen wird, antwortete Veleta, daß auch hier die Ergebnisse der Untersuchungen abzuwarten sind. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den Kosten der Sanierung bezeichnete Veleta ebenfalls als verfrüht. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

17 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), ob die Wasserversorgung Wiens im kommenden Sommer auch bei einer längeren Hitzeperiode gesichert ist, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ), das ist der Fall. Einer Gesamteinspeisung von insgesamt täglich 655.000 Kubikmeter Wasser in das Wiener Netz steht ein Spitzenverbrauch von 590.000 Kubikmeter gegenüber. Insgesamt ist die Situation durch den stagnierenden Wasserverbrauch und speziell seit dem Probetrieb der Dritten Wiener Wasserleitung sehr zufriedenstellend, wozu schließlich noch Behälterreserven in der Höhe von einer Million Kubikmeter Wasser beitragen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Verbesserung der Relation zwischen der Wasseraufbringung und dem Verbrauch sagte Veleta, daß der Verbrauch jetzt bei 84,8 Prozent der aufgebrachten Wassermenge liegt, was gegenüber 74,4 Prozent vor acht Jahren eine wesentliche Verbesserung bedeutet.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. DR. HIRNSCHALL (FPÖ), ob seitens der Rinter-AG eine termingerechte Erfüllung des Müllbeseitigungsvertrages erfolgen wird, sagte Stadtrat Veleta, daß die Rinter-AG schon vor dem vereinbarten Zeitpunkt nämlich am 1. Juli mit ihrer Arbeit begonnen hat.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Rinter-AG die vertraglich festgelegte Verpflichtung einhält, aus dem Müll anfallendes Fasermaterial in die Schweiz zu liefern, sagte Veleta, es gibt kein Anzeichen, daß diese Bedingung nicht erfüllt wird. Auf die ZWEITE ANFRAGE, ob die Stadt Wien der Rinter-AG in jedem Fall die für die Menge von 300.000 Tonnen Müll vereinbarte Summe von 126 Millionen Schilling - indexgebunden, plus Mehrwertsteuer - zahlen wird, oder bei geringerer Lieferung nur einen aliquoten Teil, sagte Veleta, es wird in jedem Fall der Gesamtbetrag bezahlt. Die Müllanlieferung wird später auf 500.000 Tonnen steigen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Fragestunde

=++++

18 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. LACINA (SPÖ), ob die Aschenbeläge von Wiener Sportanlagen überprüft wurden, nachdem in der BRD in solchen Belägen gesundheitsschädliche Substanzen festgestellt wurden, sagte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß eine Untersuchung durchgeführt wurde. Es wurde eine Reihe von Spurenelementen in geringer Menge festgestellt, die Untersuchung wird nun gezielt fortgesetzt. Die toxische Gefährdung in Deutschland wurde jedoch auf Sportplätzen im Bereich Aachen festgestellt, wo der Rohstoff für die Aschenbeläge aus Erzgrubenhalden gewonnen wird. Derartiges Material wird in Wien nicht verwendet, daher dürfte auch keine Gefahr gegeben sein. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Stadtrat Schieder nach weiteren Untersuchungen neuerlich in dieser Frage berichten wird, sagte SCHIEDER, er werde das gerne tun.

Auf die 15. ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), wieviel von den von der Gemeinde Wien zugestandenen Mitteln für den Bau des Franz-Horr-Stadions bisher aufgebraucht wurden, sagte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ): es sind bereits 1976 acht Millionen Schilling für den Bau dieses Stadions bewilligt worden, der dann zugunsten des beschleunigten Ausbaus des Weststadions zurückgestellt wurde. Da sich die gemeinsame Benützung des Weststadions durch die beiden Großvereine Austria und Rapid als unmöglich erwies, wurden 1978 neuerlich 21 Millionen für den Bau des Horr-Stadions bewilligt. Die Kompetenz für die endgültige Fertigstellung des Stadions liegt nun vertraglich beim Wiener Fußballverband und der Wiener Austria. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Fragestunde

=++++

19 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wer nun die Verantwortung dafür trägt, daß das Stadion nicht wie vorgesehen im Herbst fertig wird, sagte SCHIEDER, die Verantwortung trägt der Wiener Fußballverband. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Funktionäre des Fußballverbandes oder der Austria an Schieder mit einem anderen, größeren Projekt herangetreten sind, sagte Schieder, das ist nicht der Fall, er habe jedoch in Zeitschriften darüber gelesen. Abschließend sagte Schieder, daß er einen Brief an den Fußballverband geschrieben hat, in dem er klarlegte, daß die Stadt Wien die finanziellen und vertraglichen Voraussetzungen für die zeitgerechte Fertigstellung des Horr-Stadions geschaffen hat. Er warte nun auf eine Antwort auf diese Frage. (Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

20 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Drei Anfragen der FPÖ und fünf Anfragen der ÖVP wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Ebenso wurden die Anträge der FPÖ betreffend die Weiterverwendung erhaltungswürdiger Objekte im Bereich des AKH und betreffend die Einführung einer Berufsschulbildung für Behinderte den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Die ÖVP stellte Anträge betreffend kein Ausbau der Ostrandstraße, betreffend Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zum Landstraßer Markt, betreffend Befreiung der Wiener Stadtwerke von der Gebrauchsabgabe, betreffend Wiederherstellung der Gleisverbindung Ring-Weißebergviertel und betreffend Benützung der U-Bahn auch mit Fahrrädern. Auch diese Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Schließlich wurden die Anträge des 11. Bezirkes, die Hauptkläranlage und die Entsorgungsbetriebe Simmering in die Verwaltung der Stadt Wien zu übernehmen, und des 14. Bezirkes, einen LKW-Abstellplatz am Auhof zu schaffen, den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Zwtl.: Wahl in die Personalkommission

23 Mitglieder der gemeinderätlichen Personalkommission wurden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP wieder gewählt. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Bericht Stadtrat Mayr

=++++

21 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Die Leistungen der Stadt Wien gehen weit über die Dimension einer technokratischen Verwaltung hinaus, erklärte Stadtrat MAYR (SPÖ) in seinem Bericht zum Rechnungsabschluß 1980. In den letzten acht Jahren wurden neben den immer wieder zitierten Projekten wie AKH, U-Bahn-Bau oder Donauinsel Maßnahmen gesetzt, die in ihrer finanziellen und gesellschaftspolitischen Bedeutung zumindest "gleichrangig" sind. So wurden zwischen 1973 und 1980 für die Sozialhilfe 8,9 Milliarden aufgewendet, davon allein mehr als 1,8 Milliarden im Jahr 1980. Im gleichen Zeitraum gab die Stadt Wien für den Neubau des AKH vier Milliarden, für den verbesserten Hochwasserschutz 3,9 Milliarden und für den Straßenbau 2,5 Milliarden aus.

Mayr hob hervor, daß das finanzielle Ergebnis im Jahr 1980 besser als erwartet ausfiel. Der veranschlagte Abgang reduzierte sich von 2,7 Milliarden auf 1,1 Milliarden. Insgesamt nahm die Stadt Wien 52,5 Milliarden ein, die Ausgaben betrugen 54,1 Milliarden. Die Verbesserung führte Mayr auf die relativ gute wirtschaftliche Lage und auf Mehreinnahmen aus dem sogenannten "Salzburger Erkenntnis" des Verfassungsgerichtshofes zurück.

Der Stand der gebundenen Rücklagen erhöhte sich von 1,4 Milliarden zu Jahresbeginn 1980 auf 1,9 Milliarden Ende 1980. Ursache für diesen Anstieg waren nicht verausgabte Mittel beim Kulturschilling, bei der Parkometerabgabe, beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und bei der Wohnbauförderung. (Forts.)
sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Bericht Stadtrat Mayr

=++++

22 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Der Schuldenstand erhöhte sich 1980 von 28,4 Milliarden auf 31,3 Milliarden. Davon entfallen auf die Wiener Stadtwerke 15,9 Milliarden, auf die Hoheitsverwaltung 7,9 Milliarden und auf Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds 7,5 Milliarden. Von diesen Schulden sind, so Mayr, bloß die 7,9 Milliarden für das Wiener Budget relevant, da die anderen Schulden als "Durchlauferposten" betrachtet werden können.

Der für das Wiener Budget relevante Schuldenstand stieg in den letzten fünf Jahren von 4 auf 7,9 Milliarden erheblich an. Allerdings konnten gegenüber dem Finanzplan 1976 bis 1980 ganz wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Nach dem Finanzplan hätte man mit einem "eigenen Schuldenstand" von 15,3 Milliarden rechnen müssen. Tatsächlich waren es 7,9 Milliarden. Die Verbesserung von 7,4 Milliarden war nur möglich, weil die Prognose durch rechtzeitige und gegensteuernde Maßnahmen der Stadtverwaltung "zerstört" werden konnte, betonte Mayr. Es ist daher nicht unrealistisch, auch für die im Finanzplan 1981 bis 1985 angestellte Prognose ähnliche Erwartungen zu hegen.

In einer Erläuterung der Ausgaben hob Mayr hervor, daß 1980 rund 12,7 Milliarden ausgegeben wurden, die für das Bau- und Baunebengewerbe wirksam wurden. Diese Ausgaben wirken sich nicht nur in Wien, sondern auch in den anderen Bundesländern wirtschaftlich positiv aus. Der Multiplikatoreffekt beträgt nach einer Studie der Wiener Wirtschaftsuniversität in Wien "Faktor 6", in Niederösterreich ebenfalls Faktor 6 und setzt sich in den anderen Bundesländern mit einem Faktor zwischen 0,7 und 2,3 fort. (Forts.)
sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Bericht Stadtrat Mayr

=++++

23 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Eine Einschränkung der Investitionstätigkeit in Wien hätte daher schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen auch in den anderen Bundesländern.

Mayr wandte sich gegen den Vorwurf, in Wien würden nach bester technokratischer Manier nur Großprojekte verfolgt.

Die soziale Dimension der Politik der Wiener Stadtverwaltung läßt sich beispielhaft aus den "trockenen" Zahlen der Aufwendungen für die Sozialhilfe und für die Kindertagesheime belegen. In den letzten acht Jahren wurden 8,9 Milliarden für die Sozialhilfe ausgegeben, der Zuschußbedarf für die Kindertagesheime betrug im gleichen Zeitraum 4 Milliarden. In diesen acht Jahren stieg die Zahl der Heimplätze in den Pensionistenheimen neuen Typs von 1.889 auf 4.308 an. Besonders bemerkenswert ist der Anstieg der Plätze in den sogenannten B-Stationen (für kranke Pensionäre) von 47 im Jahr 1973 auf 474. Das bedeutet, daß hier in den Pensionistenheimen ein Spital vergleichbar mit dem Elisabethspital mit 399 Betten entstanden ist.

Mayr verwies auch darauf, daß Wien eine der niedrigsten Arbeitslosenraten in ganz Österreich hat, daß es keine Jugendarbeitslosigkeit gibt, daß Wien keine Slums besitzt und daß es trotz geburtenstarker Jahrgänge keine Schwierigkeiten gab, für die Schulabgänger ein entsprechendes Lehrstellenangebot aufzubieten. Das alles zeigt, so Mayr, daß Wien einen Vergleich mit anderen Millionenstädten nicht zu scheuen braucht und daß die Wiener Stadtverwaltung bemüht ist, diese Stadt sozial, sparsam und effizient zu führen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

24 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) bezeichnete den Rechnungsbericht in seiner Wortmeldung als "Stunde der Wahrheit". Er mache die kritische Entwicklung deutlich, die von der Rathausmehrheit verdrängt werde.

Die besorgniserregenden Tendenzen würden deutlich unter anderem am von der MA 4 herausgegebenen Wirtschaftsbericht, der ein Zurückbleiben der Wiener Wachstumsraten bei Industrie und Gewerbe gegenüber den Bundesländern zeige, an einer Studie des IFES-Institutes, die seit 1972 eine starke Verschlechterung des Wien-Images bei den Zuwanderern ergebe, sowie an den Statistischen Mitteilungen über Wanderbewegungen im Wiener Raum, die für 190 ein negatives Saldo von 8.884 nachweisen und damit den Verlust der Anziehungskraft Wiens dokumentieren. Der Grund liege nicht in den Arbeitsplätzen, sondern in der schlechten Lebensqualität.

Die Volkszählung sei, meinte Hirnschall, wie befürchtet zur Kopfjagd geworden. Viele der 200.000 Wiener Zweitwohnungsbesitzer würden bei der Schlußabrechnung fehlen. Das Ergebnis werde als Basis für den Finanzausgleich untauglich sein; die Stadt Wien müsse, da sie von den Bundes-Anteilen finanziell abhängig sei, das Ergebnis der Volkszählung anfechten.

Das gegenüber dem Vorschlag niederere Defizit sei nur durch eine einmalige Nachzahlung des Bundes möglich geworden, der Schuldenstand habe sich aber um drei Milliarden Schilling erhöht, obwohl die Finanzierung der meisten Großprojekte noch vor uns liegt. Zur Entlastung des Defizits, das sich nicht mehr progressiv verschlechtern dürfe, solle statt der U 3 die billigere U 6 zuerst gebaut werden. Auch beim AKH könne durch Weiterverwendung der alten "Klinik Deutsch" und der Neurologischen Klinik noch gespart werden.

Hirnschall wandte sich gegen eine weitere Belastung der Energieverbraucher, wie sie durch die geplante "Energiesteuer" entstehen würde. Seine Fraktion könne dem Rechnungsabschluß ihre Zustimmung nicht geben. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

25 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ wäre gut beraten, die Anträge der ÖVP immer rechtzeitig und nicht erst Jahre später anzunehmen, stellte GR. HAHN (ÖVP) fest. Ein besonderes Anliegen der ÖVP sei der Stadterneuerungsfonds für Wien, der nun auf Bundesebene von Staatssekretärin Eypeltauer angekündigt wird. Von den zusätzlichen Ertragsanteilen aus der Lohnsteuer, die die Stadt Wien zurückerhielt, hätten 500 Millionen einem Stadterneuerungsfonds zugeführt werden können. Verzichtet die Regierung auf das Konferenzzentrum, könnten weitere zusätzliche Gelder für die Stadterneuerung verwendet werden. Die ÖVP hofft, im Herbst mit 60.000 Unterschriften eine Volksbefragung zum Bau des Konferenzzentrums herbeizuführen. Steuerliche Anreize zur Stadterneuerung sollten für Private geschaffen werden. Hahn beantragte eine Änderung des Einkommenssteuerrechtes für zusätzliche steuerliche Anreize zur Durchführung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Der Bedarf an neuen Wohnungen und an Mitteln für die Wohnungsverbesserung wird immer größer, während die Rücklagen aus der Wohnbauförderung steigen. Durch die steigenden Kreditzinsen kommt der Wohnbau in eine immer schwierigere Situation. Rasche Hilfe sei notwendig. Der Wohnungsneubau wurde seit 1967 auf die Hälfte reduziert. Die Wiener ÖVP beantragte nochmals die Errichtung eines Stadterneuerungsfonds. Mit 500 Millionen Schilling soll die Stadt Wien unter anderem die Zinsenstützung für Darlehen zur Sanierung und Instandsetzung von Althäusern übernehmen. Das derzeitige Mietzinsbeihilfensystem des Bundes sei unzureichend. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

26 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auch auf anderen Gebieten der Stadtpolitik forderte die ÖVP seit Jahren Dinge, die die SPÖ nun vollzieht. Beispielsweise die Grünkampagne, den Ausbau der Vorortelinie und, wie neuerdings angekündigt, wird auch der Bau von kleineren Garagen von der Stadt Wien unterstützt. Daß aus dem ehemaligen Projekt der "Spaghettinsel" im Donaubereich eine ansprechende Erholungslandschaft wurde, sei ebenfalls ein Verdienst der ÖVP. Allerdings ist die rechte Donaukante noch immer gefährdet.

GR. HAHN plädierte für den Neubau von Wohnungen in Randgebieten der Stadt, wie auf den Wienerberg-Gründen und den Draschegründen. Die ÖVP beantragte allerdings die Vergabe der Gründe an Gemeinnützige und Private im Baurecht. Nach fünf bis zehn Jahren sollen die Baurechtsgründe ins Eigentum übergehen können. Ein weiterer Antrag betraf die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung von acht auf 13 Prozent für Energie. Den Ländern sollen diese Mehreinnahmen überlassen werden, die Wiener Mittel sollen für Energiesparmaßnahmen und Abstützung der Heizkosten für Einkommensschwache gebunden werden. Das Fernwärmenetz soll so rasch wie möglich ausgebaut werden. Die allgemeine Wirtschaftslage sei nicht nur für große Unternehmen, sondern auch für kleine und mittlere Betriebe schlecht. Immer mehr Privatkredite müssen gerichtlich eingetrieben werden. Es zeige sich, daß öffentlich wie privat auf zu großem Fuß gelebt wurde. Die SPÖ habe leichtfertig gewirtschaftet. Die ÖVP wird den Rechnungsabschluß 1980 nicht zur Kenntnis nehmen. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

27 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Der größte Teil der von der Stadt Wien aufgewendeten Mittel wurde für die Verbesserung der Lebensqualität und der Verkehrsverhältnisse, für den Wohnbau, für die Stadterneuerung sowie für den Bereich Gesundheit und Soziales ausgegeben, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Die Auswirkungen des weltweiten Wirtschaftsabschwunges sind bei uns wesentlich schwächer bemerkbar als in anderen europäischen Staaten. Die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus und einer leistungsfähigen Wirtschaft ist das wichtigste Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Der Wiener Wirtschaftspolitik ist es gelungen, eine ganze Reihe der im Programm der Wiener enthaltenen Zielsetzungen bereits jetzt, etwa zur Halbzeit der Legislaturperiode, zu verwirklichen. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß sich der Anteil der Ostregion an der Bruttowertschöpfung in Österreich zugunsten der Westregion verringert. Der Finanzausgleich ist kein parteipolitisches Problem. Wir müssen prüfen, ob die Kriterien, die den Finanzausgleich regeln, noch zeitgemäß sind.

1980 wurden 675 Millionen für die Wirtschaftsförderung aufgewendet, 1981 sind es 1,5 Milliarden. Nicht nur große Investitionen werden gefördert, sondern auch die mittelständische Wirtschaft. Wien gibt wertvolle Impulse für die gesamte österreichische Wirtschaft. Unsere Wirtschaftspolitik, sagte Edlinger, ist eine Politik des Ganzen (gesamtgesellschaftliche Interessen stehen über Einzelinteressen), eine Politik der Symmetrie (einzelne Branchen oder Regionen sollen sich nicht zum Nachteil anderer entwickeln) und eine Politik der Priorität (Sicherung der Arbeitsplätze). Der ÖVP warf Edlinger vor, kein Wirtschaftskonzept zu haben. Eine Politik, die einigen wenigen dient und viele in Not stürzt, wird in der Sozialdemokratie international und bei uns einen unüberwindbaren Gegner finden. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

28 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Der Umweltpolitik gelang es, betonte Edlinger, die Lebensqualität auf einem hohen Standard zu halten. Die negativen Auswirkungen großer Agglomerationen, wie sie anderswo festzustellen sind, konnten verhindert werden. Im Zusammenhang mit dem Bau der Donauinsel warf Edlinger der ÖVP Kehrtwendungen vor. Im Wahlkampf 1973 habe die ÖVP die sofortige Einstellung des Baues der Donauinsel gefordert. Die ÖVP vertrat ein Konzept, das den Ruin der Alten Donau und der Lobau bedeutet hätte. Es ist ein Gebot der Zeit, sagte Edlinger, den Menschen Erholungsgebiete innerhalb der Stadt anzubieten, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Dies haben wir getan, gegen den Widerstand der ÖVP.

Grün- und Umweltpolitik ist auch eine eminent soziale und ideologische Frage. Sie darf nicht in der Fragmentierung der Kommunalpolitik, nicht in Showeffekten bestehen, sondern in der Integration in alle kommunale Maßnahmen. Es geht vor allem darum, mehr Grün für benachteiligte Viertel, für dichtbebaute Gebiete zu schaffen und den Menschen ein Wohnen in einer freundlichen Umwelt zu ermöglichen. Der ÖVP und namentlich Vizebürgermeister Dr. Busek warf Edlinger eine Doppelstrategie, ein Dem-jeweiligen-Gesprächspartner-nach-dem-Mund-Reden vor. Die ÖVP-Umweltpolitik entspricht einer Haltung, die die Ursachen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen zu verschleiern sucht.

Jugendpolitik heißt zunächst, sensibel zuzuhören um zu erfahren, was die Jugend bewegt, bedeutet auch, bessere Lösungen zu finden, wo der Protest berechtigt ist, und dort wo die Proteste unberechtigt sind, unseren Standpunkt offen und demokratisch zu vertreten. Die Jugend muß unterstützt werden, um neue Formen und Modelle zu erproben. Jugendzentren und Sportverbände werden gefördert, der Fortbestand der Arena wurde gesichert, das neue Jugendzentrum in der Gassergasse eröffnet, um nur einige Beispiele zu nennen.
(Forts.) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

29 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Das Verhalten der ÖVP gerade in der Frage Gassergasse ist beschämend, sagte Edlinger. Auf der einen Seite gibt es eine verbale Anbiederung an die Jugend, wo es um konkrete Probleme geht, ertönt jedoch - wie bei der Gassergasse - der Ruf nach Prügelein und Psychiatern. Die Wiener Versuche, einer engagierten Jugend Freiräume zu geben, sind sehr wichtig, auch wenn wir uns nicht mit allen Tendenzen innerhalb dieser Jugend identifizieren.

Man sollte prüfen, ob der heutige Aufteilungsschlüssel der Wohnbauförderung ausreicht, ob nicht auf die Wiener Verhältnisse mehr Rücksicht genommen werden müßte. Es stellt sich auch die Frage, ob das gesetzliche Instrumentarium für die Stadterneuerung ausreicht. Für die sozialistische Wohnungspolitik gilt der Grundsatz, daß die Wohnung keine Ware sein soll. Dies bedeutet, der Spekulation einen Riegel vorzuschieben. Ein großer Teil der Wiener Wohnbautätigkeit erfolgt derzeit in Stadterneuerungsgebieten. Die Stadterneuerung geht in zwei Formen vor sich: Wo es möglich ist, soll der vorhandene Altbestand modernisiert werden, wo nicht, sind Abbruch und Neubau notwendig. Durch die Stadterneuerung allein ist das Wohnungsproblem allerdings nicht zu lösen, in begrenztem Ausmaß bleibt auch die Stadterweiterung notwendig.

Wien ist eine Stadt, in der sich die Menschen, allen Unkenrufen zum Trotz, im allgemeinen wohlfühlen. Dies darf allerdings nicht von den Problemen ablenken, die diese Stadt hat. Die Lösungen der Probleme müssen drei Anforderungen gerecht werden: 1. das Ganze zu sehen, 2. rasch wirksam zu sein, aber die Zukunft nicht zu verbauen und 3. Unterordnung unter soziale Gesichtspunkte. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

31 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. WÖBER (ÖVP) sagte zum Vorwurf von Gemeinderat Edlinger, die Konservativen hätten kein Wirtschaftskonzept, die Beispiele auf Bundesebene zeigen, daß die diesbezüglichen Konzepte der SPÖ nicht brauchbar sind. Aber auch in der Kommunalpolitik kopiert die SPÖ derzeit die ÖVP, so bei der Grünaktion und in der Frage der Stadterneuerung. Auch parteiintern ist die Kommunalpolitik der SPÖ nicht unumstritten.

Der Rechnungsabschluß 1980 weist Wien als Stadt mit stark steigender Verschuldung aus, als Stadt, in der die Mittel für Stadterneuerung, Parkgaragen, Spielstraßen, Radwege oder Lärmschutzmaßnahmen nur in geringem Maß vorhanden sind und dann nicht voll ausgenützt werden. Die Verschuldung Wiens beträgt bereits 60 Prozent des Budgetvolumens, was auf eine konzeptlose improvisierte Finanzpolitik hinweist. In den nächsten Jahren droht eine Finanzierungslücke von 40 Milliarden Schilling, aber ein Konzept, um die nötigen Investitionen in diesem Zeitraum durchzuführen, ist nicht zu erkennen. Bei einer weiteren Schuldenaufnahme von 2,5 Milliarden pro Jahr würden diese 2,5 Milliarden bereits im Jahr 1985 nur mehr für die Bezahlung des Schuldendienstes verwendet werden. Wien droht der Finanzinfarkt. Wegen der bedrohlichen finanziellen Situation stellte Wöber einen Beschlußantrag, eine Studie auszuarbeiten, mit welchen Schuldenständen bis 1985 zu rechnen sei, welche budgetären Maßnahmen in Erwägung zu ziehen seien, welche Möglichkeiten für Einsparungen beziehungsweise Zurückstellung von Investitionsvorhaben bestünden und welche sonstigen Lösungsmöglichkeiten zur Bewältigung der Finanzabgänge bis 1985 herangezogen werden könnten. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

32 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Es ist eine andere Politik nötig, sagte Wöber, die den Kreislauf von Defiziten und Steuererhöhungen beendet. Das Wiener Budget wird auch nicht über die Erhöhung von Tarifen und Gebühren zu sanieren sein. Was nötig ist, ist die Besinnung auf die wahre Lage der Stadt. Wien braucht die Stadterneuerung anstatt Prestigeobjekten, bevölkerungsnahen Vorhaben statt politischer Großmannssucht, kurz eine andere Art von Politik. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

33 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Friederike SEIDL (SPÖ) wies darauf hin, daß die Opposition mit ihren Prophezeiungen zum Voranschlag nicht recht gehabt habe: der Abschluß sei um eine Milliarde günstiger als der Voranschlag und um 800 Millionen besser als der Rechnungsabschluß 1979. Die ÖVP habe im Dezember 1979 den Voranschlag mit dem Slogan "Das Wichtigste zuerst" abgelehnt - was das ist, habe die ÖVP jedoch bis heute verschwiegen. Für sie sei es das Wichtigste, Wahlen zu gewinnen. Die SPÖ erfülle das, was versprochen wurde. Zum Vorschlag von GR. Hahn, Grundstücke der Stadt Wien in das Eigentum von Wienern übergehen zu lassen, fragte GR. Seidl, wem er den Wertzuwachs zukommen lassen wolle.

Friederike Seidl beleuchtete die Tatsache, daß Wien um 8,8 Milliarden Schilling weniger aus dem Finanzausgleich erhält, als sie in diesen einbringt. Wien habe das höchste Steueraufkommen pro Kopf. Die Rednerin verwies sodann auf die erbrachten Leistungen im Bereich der Stadterneuerung und für den Umweltschutz und hob die Bedeutung der Fernwärme hervor. Sie brachte den ANTRAG ein, der Gemeinderat möge den Bund um die Einführung einer Energieverbrauchsabgabe ersuchen, um bestehende Preisunterschiede innerhalb Österreichs auszugleichen. Der Ertrag solle einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten und der Fernwärmeversorgung zugute kommen.

Abschließend berichtete GR. Seidl über die beträchtlichen Investitionen zur Sicherung der Lebensqualität, die im vergangenen Jahr gesetzt wurde, und verwies darauf, daß die Erhaltung der Vollbeschäftigung ein Verdienst der Wiener Sozialisten und der sozialistischen Bundespolitik sei. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

34 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Gr. NEUMANN (ÖVP) bezeichnete sein Verhältnis zu den städtischen Betrieben als "gespalten". Skandale wären die Wegbegleiter der letzten Jahre gewesen, die moralische und politische Verantwortung dafür liege bei der SPÖ. Die Grundsätze Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit würden bei vielen Holding-Betrieben nicht eingehalten. Sie müßten nun neu festgesetzt und laufend kontrolliert werden.

Als Beispiel für die Nichteinhaltung der drei Grundsätze nannte GR. Neumann die Wiener Stadterneuerungsgesellschaft. Sie hätte keinen sozialen Zweck, kaufe zahlreiche Objekte nur auf und führe sie keiner Verwendung zu. Hier werde spekuliert, das Risiko trage der Wiener Steuerzahler.

Um die Situation sowie die Geschäftsmoral und Strategie im kommunalen Bereich stehe es schlecht, meinte Gr. Neumann abschließend. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Finanzen und Holding

=++++

35 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) bezog sich auf die Aussage seines Vorredners und bezeichnete das Verhältnis der gesamten Opposition zu den Holding-Betrieben als "gespalten". Die dort erbrachten Leistungen würden nicht anerkannt. Überall dort, wo keine Gewinne zu erzielen wären, müsse die Gemeinde Wien einspringen, wie zum Beispiel im Entsorgungs- und Kulturbereich. Natürlich müßten auch unternehmerische Gesichtspunkte angelegt werden.

Anschließend zeichnete GR. Sallaberger die Entwicklung der Wiener Holding seit ihrer Gründung im Jahre 1974 mit damals 22 Tochter-Unternehmungen nach. In letzter Zeit sind unter anderen die Kabel-TV-Gesellschaft, die Entsorgungsbetriebe Simmering, die Gustana-Menü-Gesellschaft sowie die Kunststoffrückgewinnungs-Ges.m.b.H. neu dazugekommen.

Im Jahre 1980 habe das Investitionsvolumen der Holding 1,8 Milliarden Schilling betragen, bei einem Umsatz der nunmehr 33 Tochtergesellschaften von 6,5 Milliarden Schilling. Etwa 7.000 Wiener sind im Bereich der Holding beschäftigt. Dann verwies GR. Sallaberger auf die Leistungen der Heizbetriebe in Bezug auf die Entwicklung der Fernwärme, in die auch das Donauzentrum, das neue GM-Werk sowie die UNO-City einbezogen würden. Als besonders positive Entwicklung bezeichnete er die Sanierung des Alberner Hafens, die eine starke Zunahme des Umschlages bewirkt habe.

1980 seien auch im bauwirtschaftlichen Bereich trotz der großen Strukturprobleme wieder Gewinne erzielt worden. Die Gemeindefirmen wären hier auf Grund der umfangreichen Kontrollen gegenüber privaten Unternehmungen im Nachteil.

Bedenklich sei, daß der für die Gründung der MED-Consult Mitverantwortliche Vorstandsdirektor Dr. Drennig von der ÖVP einen hohen Posten in der Länderbank erhalten habe. Zusammenfassend meinte GR. Sallaberger, die Beteiligungskommission habe trotz vielen Differenzen gute Arbeit geleistet und könne auch in Zukunft dazu beitragen, viele Probleme im städtischen Bereich zu lösen. (Forts.)
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Finanzen und Holding (Schluß)

=++++

36 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Zu den Debattenbeiträgen seiner Vorredner nahm Stadtrat MAYR (SPÖ) Stellung. Der Grund für die Verschlechterung des Wien-Image bei den Zuwanderern liege bei den politisch Verantwortlichen und bei der Intelligenz von kleinen Gemeinden, die mit allen Mitteln versuchen, eine Abwanderung zu verhindern. Die Stadtabwanderung vollzieht sich zumeist in einem Umkreis von 20 Kilometern. Die Wiener Stadtgrenzen haben sich um rund 20 Kilometer nach außen verschoben. Bei dem Bau der U 3 und der U 6 wird im Interesse der Wirtschaft die Kontinuität gewahrt. Zum Thema Altstadterhaltung und Mietrecht stellte Mayr fest, daß das Mietengesetz, das eine wesentliche Verbesserung für die Stadterneuerung mit sich bringt, im Parlament zur Diskussion vorliege. Ein Stadterneuerungsfonds von 500 Millionen Schilling würde zwar ein Investitionsvolumen von 5 Milliarden auslösen, würde aber für das Wiener Budget mit einer zehnjährigen Kreditrückzahlung bereits im Jahr 1985 eine Belastung von zwei Milliarden bedeuten. Die ÖVP soll klar und deutlich sagen, daß sie wünscht, daß die Hausbesitzer am Hausbesitz verdienen sollen. Die SPÖ vertritt die Meinung, daß die Häuser über die Mieten erhalten werden sollen. Das Stadterneuerungsgesetz sei nahezu unpraktikabel, weil die ÖVP beim Beschluß des Gesetzes den privaten Grundbesitz massiv vertrat. Zur Ehrenrettung der Wiener Kreditnehmer sei zu sagen, daß nicht 36 Prozent der Kredite gerichtlich eingeholt werden, sondern 36 Prozent aller dubiosen Kredite. Bei der von der ÖVP geforderten Bebauung der Wienerberggründe müßte die Stadt Wien große infrastrukturelle Leistungen erbringen. Bei einem Eigentumserwerb hätten dann die Privaten den vollen Nutzen.

Es gibt viele, die sich für das Cobenzl-Gelände interessieren, sagte Mayr. Die Stadt Wien will allerdings vermeiden, daß das Verfügungsrecht über den Wald- und Wiesengürtel verloren geht.

(Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

38 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Als erster Redner zum Schwerpunkt Familie, Gesundheit und Soziales sprach GR. KUCHAR (FPÖ). Er nahm zunächst zu Schulproblemen Stellung. So forderte er Sechs-Tage-Volksschulen in mehreren Wiener Bezirken, wo nach wie vor nur Fünf-Tage-Schulen angeboten werden. Durch die Fünf-Tage-Woche für Schüler entsteht bereits ein Leistungsdruck in der Volksschule, sagte Kuchar, der sich nicht immer günstig auf die Schüler auswirkt. Als weiteres Problem bezeichnete Kuchar, daß es noch immer Klassen mit 36 Schülern gibt. In der Novelle zum Unterrichtsgesetz ist nun die Höchstzahl von 30 Schülern vorgesehen, doch muß mit diesem Schritt auch eine Erhöhung der Dienstposten erfolgen, um eine Verkleinerung des Angebots für die Schüler zu vermeiden. Weitere Probleme sah Kuchar in der hohen Anzahl von Gastarbeiterkindern in manchen Bezirken sowie in der Tatsache, daß die Schulmilchaktion nur in der Hälfte der Wiener Schulen zum Tragen kommt. Als negativ bezeichnete er auch das Verhalten mancher Wiener Schulwarte, durch das wertvoller Raum für die Freizeitgestaltung brach liegt. Schließlich nannte Kuchar noch die Motivation der Lehrkräfte als wesentliches Element für eine gute Schule. Und nur durch eine gute Schule können die Probleme mit der heranwachsenden Jugend gelöst werden.

Zum Thema Gesundheit und Soziales sagte Kuchar, hier sei viel geschehen, doch müssen weitere Akzente gesetzt werden. Als wichtigste Punkte bezeichnete er die Integration der Familie in die sozialen Dienste, die allmähliche Ablöse riesiger Altersheime durch kleine offene Heime in den Bezirken und die Bekämpfung der noch immer existierenden finanziellen Armut mancher Mitbürger. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

39 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Fremdenverkehrskonzept beschäftigte sich Stadtrat NEUSSER (ÖVP). Die Einnahmen Wiens aus dem Fremdenverkehr belaufen sich schätzungsweise auf rund zehn Milliarden Schilling. Der Wiener Anteil an den bundesweiten Einnahmen aus dem Fremdenverkehr macht etwa ein Achtel aus. Im großen und ganzen, sagte Neusser, bejaht die ÖVP das Fremdenverkehrskonzept, es gibt aber auch Ansätze für eine Kritik.

So finden einmalige Attraktionen wie der Prater und der Heurige zuwenig Beachtung. Die Sicherheit im Prater sei tagsüber zwar gewährleistet, in der Nacht sei es darum aber schlecht bestellt. Hier sei eine Verbesserung notwendig. Touristen in ganzen Autobusladungen durch einen Heurigen zu schleusen, sei nicht die richtige Vermittlung dieser besonderen Wiener Attraktion.

Kleinere Kongresse werden in Zukunft mehr Chancen haben als Großveranstaltungen mit mehr als tausend Teilnehmern. Man soll darüber nachdenken, ob es nicht besser sei, mit einem Bruchteil der für den Bau eines Kongreßzentrums in der UNO-City notwendigen finanziellen Mittel die Hofburg oder den Messepalast entsprechend umzugestalten.

Neusser sprach sich für eine praktikablere Regelung der Beschäftigungserlaubnis für Ausländer aus. Wir brauchen, gerade auch im Fremdenverkehr, für manche notwendige Tätigkeiten ausländische Arbeitskräfte.

Neusser kritisierte die Verquickung der neuen Touristeninformation an der Triester Straße mit einer Einrichtung des ARBB. Er regte an, in der Fremdenverkehrswerbung auch auf die Wiener Faschingsaktivitäten hinzuweisen, und auch die Jagd- und Fischereimöglichkeiten für den Fremdenverkehr zu nützen. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

40 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Die "Neue Mittelschule" - die integrierte Gesamtschule - ist ein international anerkannter und bewährter Schultyp erklärte GR. Gertrude STIEHL (SPÖ). In Wien besuchen derzeit rund 6.500 Schüler diese Schulen. Zu den positiven Ergebnissen zählt, daß es gegenüber der herkömmlichen Mittelschule weit weniger "Schulversager" gibt. Man sollte daher möglichst bald diesen so erfolgreichen Schulversuch in das Stadium einer Regelschule überführen.

Die MA 13 hat sich in kurzer Zeit zu einer vielbeachteten Servicestelle für die Erwachsenen- und Jugendbetreuung entwickelt. Ferienspiel-, Ferienclub und Familiensonntag erfüllen den großen Bedarf an kinder- und familiengerechten Veranstaltungen. Allein bei den Familiensonntagen kamen im Vorjahr mehr als hunderttausend Besucher.

Stiehl kritisierte, daß die zwei größten Wiener Orchester noch immer männliche Bewerber bevorzugen. 47 Prozent der Schüler am Konservatorium der Stadt Wien sind weiblichen Geschlechts. Es ist nicht einzusehen, warum gute weibliche Musiker nicht auch bei den Philharmonikern und Symphonikern mitspielen sollen. (Forts.) sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

41 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) verwies in ihrer Wortmeldung auf die "B-Zug-Kinder", die völlig vergessen worden seien. Es sei auch nicht erwiesen, daß die Gesamtschule gerechter sei: aus Schweden gebe es auch negative Berichte. In der Wiener Bevölkerung sei es auch schon zu massiven Protestaktionen, etwa im 23. Bezirk, gekommen.

Die hohen Investitionen im Kindergartenbereich nahm GR. Hampel-Fuchs positiv zur Kenntnis, trotzdem müsse eine Änderung der Zielvorstellungen eintreten. Die Einrichtung der "Tagesmütter" müßte zunehmend gegenüber Säuglingskrippen gefördert werden.

Auf dem Gebiet der Kinderspielplätze sei im vergangenen Jahr sehr wenig geschehen. Der innerstädtische Bereich sei für junge Leute schon unattraktiv geworden; es bestünde die Gefahr, daß Pensionisten- und Gastarbeiterghettos entstünden. Man müsse auch die Lage der bestehenden Kinderspielplätze überprüfen.

Auch die zunehmende Anzahl der Pflegeplätze wurde von GR. Maria Hampel-Fuchs positiv bewertet. Sie forderte aber als zweiten Schritt, daß auch vorübergehende Heimaufenthalte durch Pflegefamilien ersetzt werden müßten.

Aus diesem Grund stellte sie den Antrag, die Gemeinde Wien möge eine großangelegte Informations- und Werbekampagne starten, um noch mehr Pflegefamilien für Wiener Kinder in Wien und in den Bundesländern zu finden. Außerdem sollten Kinder im Alter bis zu 3 Jahren, die sich in der Obsorge der Gemeinde Wien befinden, grundsätzlich ohne Zwischenaufenthalt in einem Heim zu Pflegefamilien gegeben werden. Die zuständigen Magistratsabteilungen sollten die Zusammenarbeit mit den auf diesem Gebiet erfolgreich tätigen Privatvereinigungen intensivieren, um dadurch die volle Ausnützung der bereits jetzt bereitstehenden qualifizierten Pflegeplätze zu erreichen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

42 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Für junge und alte Menschen sind 1980 bahnbrechende Fortschritte erzielt worden, stellte GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ) fest. So konnte die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen erreicht werden. Von der Stadt Wien werden 31.212 Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt. Auch die Zahl der Kindergärtnerinnen ist beträchtlich gestiegen. Sieben neue Kindertagesheime wurden eröffnet. Im Durchschnitt werden 86 Prozent der Kosten für einen Kindergartenplatz von der Stadt Wien übernommen. Im ÖVP-Programm "pro Wien" steht über Kindergartenplätze kein einziges Wort. Im ÖVP-Bundesprogramm heißt es lediglich, daß jedem Kind ein Jahr vor Schulbeginn der Besuch eines Kindergartens ermöglicht werden soll. Die Qualität der Wiener Kindergärten ist sehr hoch. Die Kindergruppenzahl wurde von 32 auf 25 gesenkt. Die Kindergärten werden in Wien - im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch über Mittag geführt. Bei kommunalen Wohnbauprojekten mit über 500 Wohnungen wird ein fünf-gruppiger-Kindergarten miteingeplant. Auch die Versorgung mit Kinderkrippen ist ausreichend. Außerdem werden die Tagesmütter von der Stadt Wien gefördert. Durch eine familienfreundliche Politik konnte die Zahl der Heimplätze in den letzten zehn Jahren halbiert werden. In Heimen leben derzeit 26 Säuglinge, wovon die Hälfte jedoch behinderte Kinder sind, die ein geschultes Personal zur Betreuung benötigen. Über 2.000 Kinder leben bei einer Pflegefamilie. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

43 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Viele Wiener Familien betreuen auch ältere Menschen, betonte Traxler. Es wäre traurig, wenn die Familien nur dann helfen, wenn sie einen steuerlichen Nachlaß erhalten. Die SPÖ hat mit Erfolg die finanzielle Armut der älteren Menschen bekämpft. Zum Thema "mehr Grün im innerstädtischen Bereich" forderte Traxler die ÖVP auf, sich dafür einzusetzen, daß auch die Höfe in Privathäusern für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

44 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Es gibt soviel Positives unter der Jugend, sagte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP), und geredet wird immer nur von den negativen Erscheinungen. Wir müssen der Jugend geben, wonach sie schreit, nämlich Aufgaben, für die es sich lohnt, sich zu engagieren.

In einem Antrag einer SPÖ-Bezirksorganisation an den Parteitag hieß es, die Ganztagschule solle eingeführt werden, um die Jugend so früh wie möglich dem Einfluß der Eltern zu entziehen. Damit kann sich die ÖVP nicht identifizieren. Uns ist die Familie heilig, betonte Kubiena.

Geld wird in der Gesundheitspolitik dann richtig verwendet, wenn es dem einzelnen Menschen unmittelbar zugute kommt, ihm hilft, gesund zu bleiben, gesund zu werden oder wenn es für die Pflege chronisch Kranker verwendet wird. In Wien wurde zuviel Geld ausgegeben für sinnlose Planungen (Pflegeheim Süd, Geriatriisches Krankenhaus Webergasse, AKH), für Doppelverrechnungen, korrupte Manager und schleppende Baudurchführungen. Zuwenig Geld wurde dagegen ausgegeben für sinnvolle Planung und raschen Baufortschritt (AKH, Krankenhaus Sozialmedizinisches Zentrum Ost), für den Schutz der Gesundheit (Umweltschutzmaßnahmen) und für die Bekämpfung des Drogenproblems. Wie ist es möglich, daß auf der einen Seite hunderte Millionen "in den Rauchfang gehen", während auf der anderen Seite das Geld für dringend notwendige Anschaffungen fehlt.

Die Mehrkosten des Betriebes im neuen Allgemeinen Krankenhaus werden das Fünffache der Behindertenhilfe, das Tausendfache der Ausgaben für den Umweltschutz ausmachen. Die ÖVP ist dafür, daß Gesundheit finanzierbar bleibt. Die Gesundheit darf nicht zu teuer werden, denn sie ist uns das Teuerste, schloß Kubiena. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

45 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Auf die vielen Verbesserungen für die Behinderten und auf die Erfolge der Psychiatriereform wies GR. Erika KRENN (SPÖ) hin. 1980 wurden für behinderte Mitbürger 609 Millionen ausgegeben. Neben den finanziellen Leistungen gab es jedoch viele Maßnahmen, die die Information der Behinderten über vorhandene Möglichkeiten verbesserten.

Bei der Psychiatriereform ist positiv hervorzuheben, daß im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe die Zahl der Patienten gesenkt und gleichzeitig die Zahl des Betreuungspersonals erhöht werden konnte. Durch eine Reihe von Veranstaltungen wurde versucht, die Vorurteile gegenüber psychisch Kranken abzubauen.

Der ÖVP warf Krenn vor, Teile der Reform zu bremsen. Beim Bau eines Berufsrehabilitationszentrums trat die ÖVP für die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbes ein. Dadurch wäre das vorliegende 21 Millionen Schilling Projekt verteuert und zeitlich hinausgeschoben worden. (Forts.) sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

46 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. DR. Marilies FLEMMING (ÖVP) nahm zunächst zu den Ausführungen von GR. Erika Krenn Stellung. Sie sagte, alle seien heute für das Recht der Behinderten auf Selbstbestimmung und Arbeit. Sie vermisse jedoch dazu konkrete Maßnahmen. Erschreckend sei auch, daß drei Viertel der Nichtbehinderten die soziale Absonderung der Behinderten befürworten. Auch das Land Wien kommt seinen Verpflichtungen gegenüber den Behinderten z.B. bezüglich der Arbeitsplätze, nicht nach. Es gibt auch kein Pflegegeld für Behindertenkinder. Ebenso forderte Flemming den Ausbau der therapeutischen Behandlung und Sonderkindergärten als eine weitere Maßnahme, die die Stadt Wien für die Behinderten leisten sollte.

Anschließend nahm Flemming zur Regelung für sogenannte Asylierungsfälle in Psychiatrischen Krankenanstalten und für chronisch Kranke, die sämtliche Pflegekosten selbst zahlen müssen, Stellung. Flemming bezeichnete dies als Fälle neuer Armut. Die davon betroffenen Familien haben keine Interessenvertretung und kommen oft in eine soziale Notlage. Flemming stellte daher den Beschlußantrag, Bürgermeister Gratz möge sich erneut beim Bundesminister für Soziale Verwaltung dafür einsetzen, daß die Krankenversicherungsträger auch in den Fällen der sogenannten Asylierung in Psychiatrischen Krankenanstalten und bei chronisch Kranken zur Leistung der Verpflegskosten verpflichtet werden. Bis zur Novellierung der entsprechenden Bestimmungen sollen die Krankenanstalten die zur Zahlung verpflichteten Angehörigen zeitgerecht informieren. Bei durch Bettenmangel in den Pflegeheimen verursachtem Aufenthalt von Patienten in allgemeinen Krankenanstalten soll in diesen Fällen die Pflegegebühr auf die Kosten reduziert werden, die in den Pflegeheimen anfallen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

47 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. ASCHERL (SPÖ) richtete zu Beginn seiner Wortmeldung die Frage an seinen Vorredner: Warum kommen trotz der angeblichen Mißstände immer wieder Delegationen nach Wien, um das Sonderschulwesen zu studieren?

Zum Fremdenverkehr meinte Ascherl, es sei unbestritten, daß erstens die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr für Wien entscheidend wären, zweitens durch den Fremdenverkehr sehr viele Arbeitsplätze geschaffen würden und daß drittens trotz der ungünstigen Konjunkturlage mehr Gäste denn je aus dem Ausland nach Österreich kämen. Das Jahr 1980 hätte in dieser Hinsicht das beste Ergebnis der letzten Jahre gebracht. Trotzdem solle man den Städtetourismus noch mehr propagieren.

Das Fremdenverkehrskonzept 1980/81 sei durch Mitarbeit aller Betroffenen realisiert worden. Man habe immer wieder den Weg zum Konsens gefunden.

GR. Ascherl bezeichnete die Anregungen bezüglich vermehrter Information als richtig, aber nicht neu. Vieles werde bereits durchgeführt. In Bezug auf Wien als Kongreßstadt gebe es bereits einen eigenen Arbeitskreis für Kongreßförderung. Außerdem sei ein stetes Steigen der Zahl der Kongresse in den letzten Jahren nachweisbar. Die Informationsstelle Süd habe trotz ungünstiger Verhältnisse im Vorjahr 14.000 Besucher gehabt. In Zukunft würde man eine neue Informationsstelle beim ARBö einrichten. In diesem Zusammenhang weise er den Ausdruck "Filzokratie" entschieden zurück. Die Verträge wurden von Vertretern der Gemeinde Wien, der Kammer und der Landesfremdenverkehrskommission gemeinsam ausgearbeitet und geprüft und einstimmig zur Kenntnis genommen. Es sei ihm unerklärlich, warum im Gemeinderat die ÖVP trotzdem dagegen gestimmt habe. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

48 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) kritisierte den Wachstumsfetischismus in der Sozialarbeit. Innerhalb von sieben Jahren wird für einzelne Bereiche des Sozialwesens 10- bis 20mal soviel ausgegeben. Die Qualität der Sozialarbeit dürfe nicht an der Summe der Budgetmittel gemessen werden. Wird beispielsweise der Besuchsdienst wie bisher verstärkt, würde in den Neunzigerjahren jeder Wiener von seinem Nachbarn besucht. Die Notwendigkeit von sozialen Vereinen wird meistens mit ihrem Wachstum begründet. Nicht meßbar sind die Gefühle, wie Einsamkeit, die man nicht behandelt. Der Begriff Sozialwesen soll erweitert werden. Die ÖVP tritt daher für möglichst wenig organisierte Lebenshilfe ein, dafür aber für Wohnraum, in dem mehrere Generationen Platz finden. Der total verwaltete, befürsorgte Mensch bezahlt diese Sozialhilfe oft mit dem Verlust des Selbstwertgefühls. Die Folgen sind Selbstmord oder Stadtflucht. Das Ziel der erfolgreichen Sozialarbeit soll eine Therapie der Ursache und nicht der Symptome sein. Den Vorwurf, daß die ÖVP den Bau des Berufsrehabilitationszentrums verzögere, wies GR. Dkfm. Dr. Schlick zurück. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

49 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Die Lebenserwartung der Wiener Bevölkerung sei in den letzten Jahren erfreulicherweise wesentlich gestiegen, sagte GR. SEVCIK (SPÖ). Dies ist vor allem auf die verstärkten Anstrengungen im Gesundheits- und Sozialwesen zurückzuführen. Sevcik wies auf eine lange Reihe von Leistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich hin. So verzeichnete der Sozial- und Gesundheitsnotruf im vergangenen Jahr 10.728 Anrufe, um 30 Prozent mehr als im Jahr vorher. Die versuchsweise eingeführten kostenlosen Hörtests in den Pensionistenklubs werden auf sämtliche Pensionistenklubs ausgedehnt. Die Seniorenwoche verzeichnete 59.000 Besucher, die Pensionistenklubs weisen eine Frequenzsteigerung um sieben Prozent auf. Für zwei neue Pensionistenheime wurden die Grundsteine gelegt, die Ausflugsaktion für Behinderte wurde weitergeführt.

Der Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost erfolgt in drei Abschnitten. Die Krankenpflegeschule, das Internat und das Personalwohnhaus sind bereits in Betrieb, das Pflegeheim wird 1982 seiner Bestimmung übergeben, und der Baubeginn für das Krankenhaus soll 1983 erfolgen. Das Krankenhaus wird im Pavillon-Verbundsystem errichtet, das die Vorteile eines Zentralbaus mit jenen der Pavillon-Bauweise optimal verbindet. Eine Versorgungslücke im Osten Wiens wird damit geschlossen.

Die Humanisierung im Krankenhaus ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitspolitik. Das humane Krankenhaus ist keine Utopie mehr. In Wien wurden auf dem Weg dorthin bereits viele Maßnahmen gesetzt. Dazu gehören beispielsweise die Renovierung von Krankenzimmern und die Schaffung von Aufenthaltsräumen. Auch die Situation auf dem Personalsektor wurde weiter verbessert. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

50 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHNEIDER (ÖVP) nahm zu Fremdenverkehrsfragen Stellung. Besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr haben die Informationsstellen an den Einfahrten der Stadt. Schneider sagte, die ÖVP habe nicht, wie unterstellt, gegen die Informationsstelle Süd gestimmt, sie sei lediglich gegen den Grundkauf aufgetreten. Informationsstellen sollten aber auch an allen anderen Einfahrten, speziell für die Gäste aus dem Norden, geschaffen werden. Weiters forderte Schneider eine Neuregelung der Vergnügungssteuer, die Möglichkeit einer fremdenverkehrsfreundlicheren Sperrstunde und die Umwandlung des Hauses Döbling in ein Jugendgästehaus. (Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

51 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) warf den ÖVP-Rednern Unterstellungen und Informationsmangel vor. Das Wiener Sozialwesen wandelt sich ständig gemäß den gesellschaftlichen Veränderungen. Gerade der letzte Sozialbericht gibt ein umfassendes Bild von diesem Wandel. Es ist nach wie vor das Ziel, darauf zu sehen, daß jeder, der Hilfe braucht, diese auch bekommt.

Stacher wandte sich auch gegen den Versuch, die "Ära Glück" zu glorifizieren. Gerade beim Bau des Rudolfspitals sei es zu vielen Mängeln gekommen, die kurz vor der Fertigstellung beseitigt werden mußten. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Familie, Gesundheit und Soziales

=++++

52 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) forderte in einer Wortmeldung Stadtrat Stacher auf, die Fragen von GR. Dr. Marilies Flemming zu beantworten.

Stadtrat Dr. STACHER (SPÖ) sagte daraufhin, auf eine Beschwerde der Volksanwaltschaft hätte man zu den Asylierungsfällen eine neue Drucksorte geschaffen, um die Betroffenen über die Konsequenzen aufzuklären. (Heftige Zwischenrufe von der ÖVP. Stadträtin Kubiena: "Das ist keine Antwort." Auf empörte Gegenrufe aus den Bänken der SPÖ verlangt Stadtrat GOLLER einen Ordnungsruf für GR. Gawlik (SPÖ). Der Vorsitzende, GR. Dr. Ebert (ÖVP), ersucht alle Fraktionen im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit, sich zu beruhigen. Hierauf fährt Stadtrat Stacher mit seinen Erklärungen fort).

Im Rahmen des Sozialhilfegesetzes sollte in Zukunft den Betroffenen die Differenz zwischen Pflege- und Spitalskosten ausgezahlt werden.

Abschließend meinte Stadtrat Stacher, die Opposition solle sich besser informieren, damit solche Mißverständnisse nicht vorkämen.

Die Sitzung wurde um 20.40 Uhr unterbrochen. Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, 2. Juli, mit den Schwerpunkten "Kultur, Erholung, Umwelt" und "Planung, Bauen, Wohnen, Verkehr und Dienstleistungen" fortgesetzt. Die Sitzung beginnt im Anschluß an eine Landtagssitzung, die für 9 Uhr einberufen wurde. (Schluß)
roh/gg

NNNN

Müllverwertungsanlage: Probetrieb hat begonnen

=++++

30 #Wien, 1.7. (RK-WIRTSCHAFT) Von der Müllverwertungsanlage der Firma Rinter AG wurde, wie Stadtrat Josef VELETA auf eine Anfrage im Gemeinderat mitteilte, mit 1. Juli der Probetrieb aufgenommen. Am ersten Betriebstag haben 20 Müllfahrzeuge rund 80 Tonnen Müll angeliefert. #

Nach dem von der Stadt Wien mit der Firma Rinter abgeschlossenen Müllbeseitigungsvertrag ist die Müllverwertungsanlage bis längstens eineinhalb Jahre ab Rechtskraft der hierfür erforderlichen Baubewilligung fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen. Da die Baubewilligung mit Bescheid vom 31. Juli 1980 rechtskräftig erteilt wurde, wäre die Anlage bis spätestens 28. Februar 1982 in Betrieb zu nehmen. Mit Schreiben vom 24. Juni 1981 teilte die Rinter AG jedoch mit, daß die Müllverwertungsanlage bereits am 1. Juli 1981 in Betrieb gesetzt wird.

Mit der Inbetriebnahme der ersten und zweiten Verarbeitungsstraße haben die Förderanlagen, die Metall- und Kunststoffausscheider und die Zerkleinerungsmaschinen ihre Tätigkeit aufgenommen. Nach entsprechenden Abstimmungsarbeiten ist mit der Produktion des Zuschlagsstoffes für die Spanplattenerzeugung in zirka drei Wochen zu rechnen, danach wird auch die Herstellung des Zuschlagstoffes für die Papiererzeugung anlaufen. Weitere Recycling-Produkte sind Metallschrott, Kunststoffe und Schüttgut für den Straßenbau.

In der Müllverwertungsanlage sind derzeit 45 Mitarbeiter im Einschichtbetrieb tätig. Bis Jahresende wird eine Aufstockung des Personals auf rund 120 Personen erwartet. Die Inbetriebnahme zweier weiterer Verarbeitungsstraßen (Nr. 3 und Nr. 4) ist für Frühjahr 1982 vorgesehen. (Schluß) we/sr

NNNN